

Nach der Bundestagswahl: Gut verpackter Horrorkatalog für Beschäftigte

Kurz gesagt: Gewinner sind Apotheker und Ärzte, Pharmahersteller dürfen mehr verdienen und die Private Krankenversicherung wird für gute Zahler weiter geöffnet.

Gut für alle, die reich und gesund sind – schlecht für Arme und Kranke: Das Sachleistungsprinzip wird abgeschafft und die Kopfpauschale kommt. Zuzahlungen werden zu „Mehrkostenregelungen“, die „individuelle Wahl- und Entscheidungsspielräume“ eröffnen sollen. Wir nennen das Mehrklassenmedizin.

Die Verpackung ist aufwändig. Da ist die Rede vom Wettbewerb der Ideen, von Innovation, Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Konkrete Maßnahmen fehlen. Konkret wird es nur bei der eigenen Klientel: Bei der ärztlichen Versorgung wird die Freiberuflichkeit gestärkt. Medizinische Versorgungszentren werden nur noch eingeschränkt zugelassen. Die Praxisgebühr wird überprüft. In der Diskussion ist eine Ausweitung auf jeden Arztbesuch.



Die giftigsten Pfeile hält die Koalition noch im Köcher: Die Kopfpauschale.

Sie soll unter anderem Namen eingeführt werden und „einkommensunabhängiger Arbeitnehmerbeitrag“

heißen. Das Prinzip bleibt: Jede/er Versicherte zahlt den gleichen Eurobetrag, unabhängig vom Einkommen. Zunächst soll die Kopfpauschale für den Zusatzbeitrag Anwendung finden. Dann wären etwa 30 bis 40 € pro Monat zusätzlich fällig. Der Arbeitsgeberbeitrag soll auf 7% eingefroren werden. Erhöhungen zahlen die Versicherten in Zukunft alleine. Das Prinzip der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird dadurch weiter entscheidend ausgehöhlt.

Das Sachleistungsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung wird weitgehend abgeschafft, stattdessen soll es Kostenerstattung geben. Der Rest muss von den Versicherten gezahlt werden. Alle Leistungsbereiche sollen auf den Prüfstand. Die Koalition will beim Zahnarzt anfangen. Eine Regierungskommission soll dazu Einzelheiten ausarbeiten. Ihr Bericht wird aber erst nach der Landtagswahl in NRW erwartet.

Ver.di kritisiert die Pläne der Bundesregierung aufs Schärfste und fordert alle auf sich zu informieren. Die anstehenden Veränderungen betreffen alle, seid deshalb wachsam!

Und auch die MHH als Gesundheitsversorger droht wieder ein Opfer der Politik zu werden. Nach der im Dezember 2008 unter Gesundheitsministerin Schmidt beschlossenen neuen Krankenhausfinanzierung gingen der MHH im Jahr 2009 ca. 7 Mio. Euro Einnahmen verloren. Aktuell ringen die Vertreter der Krankenhäuser und der Kostenträger um die Richtgrößen (Landesbasisfallwert), nach denen im Jahr 2010 die Leistungen der Krankenhäuser in Niedersachsen vergütet werden sollen. Wie dies für die MHH ausgeht, soll erst kurz vor Weihnachten feststehen.

Dr. Tecklenburg beeindruckt ver.di Pflegenetzwerk überreicht Petition

Am 30. November standen 13 Pflegekräfte des ver.di-Pflegenetzwerkes mit einer Petition vor der Tür des Präsidiums. Wie vorher abgesprochen konnten die Netzwerkaktiven an Dr. A. Tecklenburg eine Petition zur Bettensituation übergeben, die von über 800 MitarbeiterInnen der MHH unterschrieben wurde. In ihrer Petition fordern die Pflegekräfte das Präsidium auf, zusätzliche Krankenbetten zu kaufen, um dem Zustand der ständigen Beschaffung frischer Krankenbetten entgegenzuwirken.

Dr. A. Tecklenburg zeigte sich sichtlich beeindruckt von der Aktion und versprach sich der Sache anzunehmen und dem Pflegenetzwerk eine Antwort bis Jahresende zukommen zu lassen. Wir sind gespannt und weiter aktiv!



Überlastungsverfahren angelaufen

Die Redaktion der Distel befragte Frank Burgey von der Betrieblichen Sozialberatung, der Koordinationsstelle für die Überlastungsmeldungen, zu den bisherigen Erkenntnissen mit dem neuen Verfahren.

Distel: Seit Oktober können alle Mitarbeiter/innen der MHH eine Überlastungsmeldung schreiben. Wie wurde das neue Verfahren angenommen?

Frank Burgey, Betriebliche Sozialberatung: Ende Oktober kam die erste Meldung herein. Jetzt Anfang Dezember sind es acht Verfahren, davon fünf aus der Krankenpflege. Ich habe bisher den Eindruck, dass mit dieser Möglichkeit der Meldung einer Überlastung sehr moderat und verantwortungsbewusst umgegangen wird.

Distel: Was ist denn an dem Überlastungsverfahren so neu?

Frank Burgey: Das Verfahren ist erstmals verbindlich in einer Dienstvereinbarung geregelt und

für alle Beschäftigten möglich. Bis dahin gab es ein Verfahren in der Krankenpflege, das oft sehr unterschiedlich angewandt wurde, das hatte oft eher den Charakter einer rechtlichen Absicherung der Meldenden. Ob und wie auf die Meldung eingegangen wurde war sehr unterschiedlich – und zwar sowohl seitens der Vorgesetzten als auch des Personalrats. In dem neuen Verfahren gibt es garantierte Rückmeldefristen und ein verbindliches, abgestuftes Verfahren.

Distel: Gibt es schon Rückmeldungen von den Kolleg/innen aus den laufenden Verfahren?

Frank Burgey: Die Teilnahme und das Interesse am Verfahren ist schon groß. Ich glaube und hoffe auch, dass der Qualitätszuwachs in der Bearbeitung solcher Meldungen sichtbar wird und die Betroffenen auch erfahren, dass ihre Anliegen ernst genommen werden.

Distel: Gibt es schon eine Präsidiumsentscheidung?

Frank Burgey: Bislang sind wir nur bis zur zweiten Stufe

gekommen, in einem Fall gibt es sogar schon die dritte Besprechung in der zweiten Stufe, das war Wunsch aller Beteiligten. Das Präsidium kann also davon ausgehen, dass es erst dann in das Verfahren einbezogen wird, wenn nichts mehr geht.

Distel: Wo finden die Mitarbeiter/innen die Meldebögen?

Frank Burgey: Am einfachsten auf der Internetseite www.mh-hannover.de/ueberlastung.html – dort findet man alle Informationen und den Meldebogen, es kann auch direkt ein Online-Formular ausgefüllt werden. Auch über das Organisationshandbuch (Buchstabe Ue wie Überlastungsmeldung) gibt es einen direkten Link auf das Formular. Übrigens ist die Meldung an die E-Mail-Adresse ueberlastung@mh-hannover.de oder das Online-Formular die Methode, die wir allen ans Herz legen möchten, da es die Arbeit deutlich erleichtert. Es geht aber auch weiterhin per Post (OE 0041) und Fax (0511-532 16 5415).

Wohin führt der Weg des Technischen Gebäude Managements (TGM)?

Diese Frage stand über allen Diskussionen der TGM-Betriebsversammlung am 1.12.09. Abteilungsleiter Uwe Richter hatte in einem langen Vortrag zur Entwicklung und zu Perspektiven für das TGM gesprochen, Geschäftsbereichsleiter Rainer Jabs hatte viel für „Bündelung“ und „Konzentration auf die Kernaufgaben“ über und Vorstandsmitglied Holger Baumann glaubte, im hohen Krankenstand den Kern vieler Probleme zu entdecken.

Für die Beschäftigten standen natürlich die alltäglichen Arbeitsbelastungen im Vordergrund. Ihre Situation lässt sich grob so zusammenfassen: Ständig zunehmende Aufgaben bei bestenfalls gleichbleibender Personaldecke. Nicht umsonst war auch das TGM unter den ersten Antragstellern im neuen Überlastungsmeldevorgang dabei!

Der Personalrat erinnerte in

seinem Beitrag an die Situation im Sommer 1997: Damals hatten sich die Firmen Dräger, Fresenius und Siemens die Klinke in die Hand gegeben, um die MHH-Technik zu übernehmen. Die MHH-Leitung und insbesondere der damalige Technische Direktor Seetzen sahen keine Alternative zu dieser Privatisierung.

Durch vielfältige Aktionen der Beschäftigten (Senats-Besuch mit Unterschriftenübergabe, Aktion zur Verabschiedung des MHH-Kanzlers Franke-Stehmann usw.) und ständigem Drängen des Personalrats konnte die MHH-Leitung im Frühjahr 1998 überzeugt werden, in der Betriebstechnik ein Reformvorhaben zu starten. Dieses endete dann im Reorganisationsprojekt mit der Fa. Müller & Partner. Heute gehe es darum, die Resultate dieses Reorganisationsprojektes zu bewahren und ggf. gemeinsam mit den Beschäftigten weiter zu entwickeln. Bei den am 1.12.09

von den Leitungen vorgetragenen Zukunftsplänen besteht die Gefahr, dass ein Kernergebnis der Reorganisation – nämlich die Bewahrung der MHH-Kompetenz für die Geschäftsfelder Betriebsführung/Entstördienst und Instandsetzung /oder die geplante Instandhaltung – der unzureichenden Personalausstattung geopfert werden soll. Viel zu oft fiel in diesem Zusammenhang der Begriff „Fremdvergabe“.

Die ver.di Aktiven im TGM werden nun, gemeinsam mit den Beschäftigten, klar formulieren, welche Vorstellungen die MitarbeiterInnen von der Zukunft des TGM haben und diese in die Diskussion - spätestens auf der geplanten Folgeveranstaltung im Frühjahr 2010 - einbringen. Beteiligt euch daran!

Personalratsvorsitzende der Uniklinik Göttingen lässt Mitarbeiterdemo verbieten

Es war unglaublich, was sich in der ersten Pause des Symposiums „Uniklinika im Wandel der Zeit“ an der Uniklinik Göttingen (UMG) abspielte. Zu dieser Veranstaltung hatte der Personalrat der UMG eingeladen. Während im Veranstaltungsraum ein arbeitgeberfreundlicher Vortrag nach dem anderen zelebriert wurde, versammelten sich davor ver.di-KollegInnen. MitarbeiterInnen der UMG, die von Ausgründungen bedroht sind. Ihr Ziel war es, den Symposiumsgästen aufzuzeigen, was Ausgründung für sie bedeutet: **Lohndumping und unsichere Arbeitsverhältnisse!**

Doch bevor die KollegInnen überhaupt zum Veranstaltungsraum gelangen konnten, wurden sie vom Wachschutz aufgehalten. Dieser hatte Anweisung, die MitarbeiterInnen und ver.di-Aktiven des Hauses zu verweisen. Sogar von Hausverboten war die Rede. Später

wurde auch die Polizei hinzugerufen. Wer dafür Verantwortlich war, ist bis heute nicht geklärt. Die Personalratsvorsitzende – selber kein ver.di-Mitglied – beteuerte lediglich die Polizei weggeschickt zu haben. Den KollegInnen gelang es dennoch ihre Aktion, wenn auch ohne Plakate, durchzusetzen. So kamen auch die Personalratsvertreter der MHH mit den Betroffenen ins Gespräch. An der UMG sind bereits über 700 MitarbeiterInnen von Ausgründungen betroffen – ein für uns MHHler unvorstellbarer Zustand.

Zu Beginn des zweiten Teils des Symposiums protestierten im Veranstaltungsraum Personalräte der MHH und der Charite gegen die Willküraktion des **NICHT-verdi-Personalrates der UMG**.

„Es sei unerträglich an einem Symposium teilzunehmen, das „Uniklinika im Wandel der Zeit“ heißt, wenn vor der Tür

GewerkschafterInnen an ihrem Protest gegen Ausgründungen gehindert werden“ so ein Gast der Veranstaltung.

Fazit der MHH Vertreter: Ein starker ver.di-Personalrat sichert auch freie gewerkschaftliche Meinungsäußerung und Proteste!



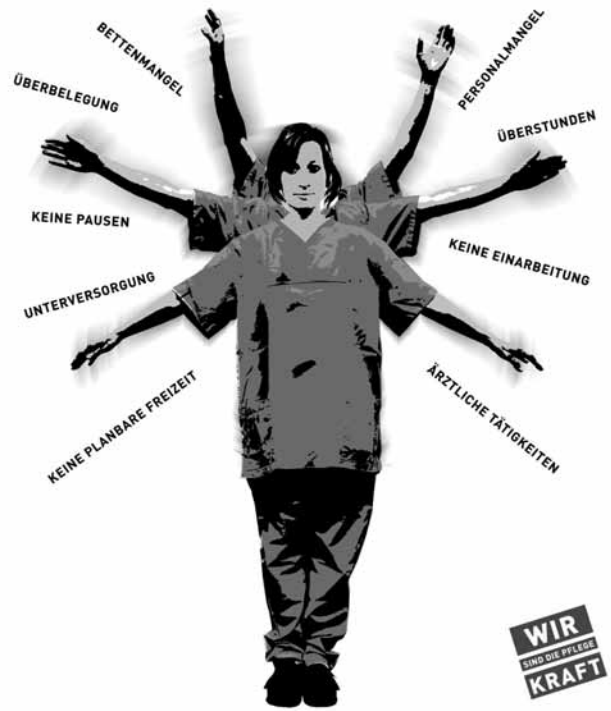
Ärztliche Tätigkeiten – nur bei Entlastung!

Wir haben Rechte – Nehmen wir sie uns!

Durch diese Dienstvereinbarung konnte der Personalrat dem Arbeitgeber für die Pflege wichtige Verpflichtungen abringen – auf dem Papier. Wir müssen uns nun informieren und uns im Team und über die Stationen hinweg absprechen. Dann können wir diese Verpflichtungen auch gemeinsam durchsetzen! Das wird uns niemand abnehmen. Deshalb brauchen wir eine starke Gewerkschaft an der MHH. Denn nur, wenn wir uns langfristig und verbindlich organisieren, können wir

unsere Rechte durchsetzen. aus dem aktuellen Flugblatt des ver.di-Pflegenetzwerkes der MHH Ihr findet die DV im Intranet auf der Personalratseite: <http://www.mh-hannover.de/personalrat.html>

PRIORITÄTEN SETZEN? BEI 1000 PRIORITÄTEN AM TAG HÖRTS AUF!



**WIRD ZEIT, DASS WIR ES IN DIE HAND NEHMEN
KOMMT ZUM PFLEGENETZWERK**

VER.DI-PFLEGE-NETZ | JEWEILS AM 2. DONNERSTAG IM MONAT | 14.30 UHR KONFERENZRAUM IN DER LADENSTRASSE

Rote Zahlen und Stellenstreichungen für 2010

Die MHH wird erstmals seit mehreren Jahren wieder „rote Zahlen“ schreiben: Nach Angaben von Vorstandsmitglied Holger Baumann in der Dezembersenatssitzung wird das Defizit für 2009 rund 3 Mio. Euro betragen. Angesichts dieser

Situation und der noch offenen Krankenhausfinanzierung für das Jahr 2010 plant der MHH-Vorstand, im kommenden Jahr 100 Vollkräfte in allen Bereichen der MHH einzusparen. Im Zuge der deutlichen Leistungssteigerungen waren in den zurückliegenden

12 Monaten ca. 300 Vollkräften zusätzlich eingestellt worden. Ver.di fordert eine ausreichende Personaldecke, um das hohe Leistungsniveau der MHH dauerhaft halten zu können und eine auskömmliche Finanzierung durch den Landeszuschuss und die Kostenträger. Eine schöne Bilanz, die nur durch ständige Be- und Überlastung der Beschäftigten zustande kommt, darf nicht das Ziel sein!

Termine

- 06. Januar 2010 16.00 Uhr Vertrauensleutesitzung
- 14. Januar 2010 14.30 Pflegenetzwerk

ver.di an der MHH

verdi@mh-hannover.de
www.respekt-im-uniklinikum.de

ver.di

VERTRAUENSLEUTE
AKTIVE IM BETRIEB



KOMPETENT . KRITISCH . KREATIV